



Das Ende des spanischen Traums



Zum Niedergang der Linken auf der Iberischen Halbinsel

Die spanische Linke läßt der spanischen Rechten keine andere Chance, als endlich wieder an die Macht zu kommen - so läßt sich die politische Situation südlich der Pyrenäen derzeit auf einen Nenner bringen. Ob der seit 1982 regierende Ministerpräsident Felipe González, Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei *PSOE*, angesichts der immer näher an ihn heranrückenden politischen Skandale, seine vierte Legislaturperiode überstehen wird, ist ungewiß. Mit verblüffender Regelmäßigkeit verkehrte González stets seine Wahlversprechen ins Gegenteil, so auch 1982 den Austritt aus der NATO und 1993 das Ende der Korruption, doch hat er viele seiner eigentlichen politischen Ziele inzwischen verwirklicht: 1) Den Aufbau einer demokratischen Rechten: "Ich hoffe sehr, daß es gelingen wird, eine wirklich programmatische rechte Alternative zu entwickeln. Spanien würde das gut tun ... Die Rechte muß lernen, wie sie die Macht wieder zurückerobert kann" (Felipe González in *Die Zeit*, 3. Februar 1989). Lange Zeit sträubte sich die Rechte gegen diese Entwicklungshilfe, behielt ihre franquistischen Gallionsfiguren und ihr verstaubtes Image bei und bis heute kann sie keine großen Sympathien in der Bevölkerung erringen. Doch wohl oder übel gewöhnen sich die Spanier, mangels Alternative, an die zukünftige Volkspartei-Regierung der *Partido Popular*, einer rechtskonservativen Partei aus jungkonservativen Strebern und aldranquistischen Restposten.

2) Der Verlust wirtschaftspolitischer und außenpolitischer Souveränität: Auf die Frage, ob die Mitgliedschaft in der EG ihn nicht der Autonomie in wirtschaftspolitischen Fragen beraubt habe, antwortete er: "zweifelloso, das stimmt. Aber wozu brauchen wir eine autonome Wirtschaftspolitik - um Unsinn zu betreiben? Da ist es nur gut, diese Autonomie zur Dummheit zu beschränken" (*Die Zeit*, 25. November 1994). Sich den Vorgaben der westlichen Großmächte mimetisch anschmiegend geriet er seit dem NATO-Beitritt selbst in Situationen, die für ihn gefährlich waren. So hatte sich das Engagement Spaniens im Golfkrieg - tagelang wurden die Luftangriffe von dem andalusischen Stützpunkt Morón aus geflogen - leicht zu einem Konflikt in den spanischen Enklaven in Marokko oder mit anderen nordafrikanischen Nachbarstaaten

entwickeln können. Nach Bekanntwerden der Bombardierung von Zivilbevölkerung seitens der westlichen Alliierten war die Situation hier äußerst angespannt.

3) Realpolitik als Vollzug selbsterzeugter Sachzwänge: Anlässlich seines 10jährigen Amtsjubiläums fragte ihn das spanische Fernsehen: "Hatte die Politik, die Sie in dieser Zeit betrieben haben, nicht auch eine rechte Partei machen können?" González: „Das, was wir gemacht haben, hatte sicherlich auch jemand anderes machen können, eine moderne Partei der Rechten oder der Mitte. Es war nicht das, was wir tun wollten, sondern das, was zu tun war, was in Spanien gemacht werden mußte.“ Felipe González hat scheinbar alle selbstgestellten Aufgaben erledigt, nur die Europäische Währungsunion bereitet ihm derzeit ernsthafte Sorgen. Sollte sie denn zustande kommen, so ist Spanien mit seiner derzeitigen wirtschaftlichen Instabilität, Kapitalflucht und Peseta-Abwertung kaum dabei.

Für die Linke, wie immer man sie definieren will, ist die spanische Entwicklung der letzten 20 Jahre, d.h. seit Francos Tod, eine Phase verlorener Träume und bitter enttäuschter Hoffnungen. Sie selbst hat daran allerdings keinen unwesentlichen Anteil.

faschistischer Freiwilligenbataillone aus Italien erhielt, konnten die stalinistischen Tschechen ungehindert gegen "Trotzkisten und unkontrollierbare Elemente" (gemeint waren die Anarchisten und einige Linkssozialisten) wüten und so im zerfallenden republikanischen Lager wachsenden Einfluß erlangen.

Bis heute streiten sich Historiker über die Gründe der außergewöhnlichen Stärke des Ariarchismus und insbesondere seiner anarchosyndikalistischen Variante im industriellen Katalonien, doch niemand kann mehr bestreiten, daß der Ariarchismus aus dem heutigen Leben der Spanier fast völlig verschwunden ist. Im Gegensatz zu anderen politischen Flüchtlingen hatten die Ariarchisten nirgends eine "politische Heimat", keine funktionierende Internationale und verkümmerten in der Isolation des Exils. Die *Transición*, der "Übergang zur Demokratie nach Francos Tod 1975, bescherte ihnen nur ein kurzes Aufleben, bei dem sich zeigte, daß sie in der neuen kapitalistischen Demokratie keinen Platz mehr finden konnten. Der nordeuropäische Revolutionsromantiker, der heute nach den spanischen Anarchisten sucht, findet zuerst zwei Namen: den historischen CNT (*Confederación Nacional del*

(weiter auf Seite 3)

Der Verlust des anarchistischen Traumes

„In Spanien gibt es mehr Priester als Arbeiter“ begründete Marx einst die Vernachlässigung der iberischen Halbinsel seitens der I. Internationale und vergaß dabei die Landarbeiter und die katalanische Textilindustrie. Hier erzielte der Abgesandte Bakunin, der Italiener Giuseppe Faenelli, 1868/69 einen der nachhaltigsten missionarischen Erfolge. Der spanische Ariarchismus schrieb bis zum Bürgerkrieg eines der lebendigsten Kapitel der europäischen Arbeiterbewegung. Die Sozialisten wuchsen erst seit dem zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu nennenswerter Stärke, und von den Kommunisten blieben die Spanier bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges praktisch verschont. Erst als die Spanische Republik von allen westlichen Demokratien allein gelassen wurde, Francos Putschisten ihre Argriffe mit kreditfinanziertem Benrin nordamerikanischer Ölkonzerne flogen, dabei die Unterstützung der deutschen Luftwaffe und

BI-LINGUAL

خمينیگویی اقلیتی از درون يك اقلیت کوچک

متن مصاحبه با آقای ناصر پاکدامن در اردیبهشت ماه سال جاری که از سوی پرسسکتیون انجام گرفت.

„Das Ziel ist die Gründung einer utopischen, fundamentalistischen Gesellschaft“ – Gespräch mit dem iranischen Oppositionellen Nasser Pakdaman Seite 19

Khedidja et les autres
Khedidja und die Anderen
Aicha Boubaci Seite 32

(Fortsetzung von Seite 1)

Trabajo) und den neuen CGT (Confederación General de Trabajadores). Dies ist das Resultat der Spaltung dieser historischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft, ein Streit, der in erbitterte Feindschaft ausartete und vor den bürgerlichen Gerichten endete. Es ging nicht nur darum, wer den historischen Namen behalten darf, sondern auch um schlechten Mammon. Wer kriegt das von Franco enteignete Vermögen?

Neben Sektierertum findet man in den anarchistischen Lokalen vor allem viel vergilbtes, ungeordnetes Papier in staubbedeckten Regalen und Aufkleber mit zeitloser Symbolik (gegen Kapital und Militär). Die Lektüre dieses vergilbten Papiers ist immer noch anregender als moderne sozialistische oder kommunistische Parteiblätter auf Hochglanzpapier, doch es fehlt der Adressat. Mit dem - verspäteten - Eintritt in den modernen Kapitalismus verlor Spanien den anarcho-syndikalistischen Traum.



Partei Kommunismus ohne Vision

Mit der kapitalistischen Modernisierung nach IWF-Vorgaben in den 60er Jahren bildete sich in Spanien eine antifranquistische Opposition. Autarkie und brutale Nachkriegsrepression mit 270000 Gefangenen und ca. 40000 Hinrichtungen waren vorbei, Tourismus, SEAT (die Kraft durch Freude Imitation auf Fiat 600-Basis) und Arbeitsemigration brachten frischen Wind in die Gegend. In den wachsenden Industriezentren entstanden die Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras), eine basisdemokratische Arbeiterbewegung mit sozialistischen Zielen. Die anfangs völlig spontan und disparat entstehenden und vergehenden Arbeiterkommissionen bildeten nach und nach stabile institutionelle Netze und wurden zum Zentrum der demokratischen Opposition im Franquismus. Im nordeuropäischen Revolutionsromantik sprachen von einer authentischen Arbeiterbewegung der Arbeiterbasis, die sich nie an den Kapitalismus verkaufen würde. Die Bedingungen für den Verkauf wurden jedoch noch im Untergrund gelegt. Durch den Boykott der Arbeiterkommissionen seitens der Exilsozialisten und Anarchisten fielen die Sekretariate der Arbeiterkommissionen vielfach in die Hände der Kommunisten. Die offizielle Begründung war die Beteiligung an den Delegiertenwahlen der frankquistischen Arbeitsfront, inoffiziell aber spielte der Antikommunismus im Kalten Krieg und die Erfahrungen mit dem Stalinismus im Bürgerkrieg eine zentrale Rolle. Mit dieser Infiltrationsstrategie gelang es der spanischen KP, die mit Abstand stärkste Oppositionspartei im Untergrund zu werden und auch viele demokratische und sozialistische Freidenker anzuziehen. Daneben sprossen aber auch kleine linksradikale Gruppen unterschiedlichster Ideologien in vielen Punkten Spaniens aus dem Boden. Kautz war der Diktator tot, kämpften sie gegen die Kontrolle der Organisation, und für viele endete der Traum schon hier. Andere träumten nun vom Eurokommunismus. Aber nicht nur der eurokommunistische Traum zerplatzte schnell wie eine Seifenblase, sondern auch die spanische KP. Innerhalb kurzer Zeit verlor die KP ihren Fundus an kritischen Intellektuellen und basisdemokratischen Gruppen, die in der antifranquistischen Opposition herangewachsen waren. Wie die Berliner

Mauer 1982 nach der vernichtenden Wahlniederlage der spanischen KP gefaßt, so wäre heute wahrscheinlich mal mehr die Rest-KP übrig. Stattdessen kann sie in der von ihr dominierten Wahlkoalition Izquierda Uñida (Vereinigte Linke) und den Arbeiterkommissionen immer noch viel Schaden anrichten. Der kommunistische Traum ist in Spanien ebenso ausgetrauert wie derjenige einer autonomen, revolutionären Klassengewerkschaft. Wer heute in die Comisiones-Büros kommt, findet zwar Plakate heroischer KP-Größen vergangener Tage, doch davor sitzen ordentliche Gewerkschaftsfunktionäre fast so wie beim DGB oder der IG Metall.

ETA: Traum und Alptraum

Wer in Europa den bewaffneten Kampf für die Revolution nicht ad aeternum wußte, und wem die Stadtguerilla der RAF oder der Roten Brigaden zu klein und abgehoben waren, der konnte während der 70er Jahre den Traum der ETA (Euzkadi ta Askatasuna - Baskenland, und Freiheit) träumen. Unter diesem Namen begann 1959 eine kleine jesuitische Studentengruppe in Bilbao dem bis dahin dominierenden konservativ-kleinbürgerlichen Nationalismus eine moderne linke, sozialrevolutionäre Variante entgegenzusetzen. Zu Beginn bemalte sie vor allem Wände, beschiedigten frankquistische Symbole, verteilten Flugblätter und veranstalteten geheime Treffen. Obwohl im Verlauf der Radikalisierung und Militarisierung unter Einfluß von MLern (Marxisten und Leninisten) und Trotzisten die internen Spannungen und Spaltungen zur Gewohnheit wurden, stieg mit den erfolgreichen Attentaten die Popularität kontinuierlich an. Endlich gab es eine Kraft, die den Franquismus erschütterte. Berichtigte Folterer erhielten ihre verdiente Kugel, und als Ende 1973 der designierte Franco-Nachfolger Admiral Carrero Blanco von einem Sprengsatz in alle Winde verstreut wurde, schrieb der Pariser Le Monde mit Recht: Dadurch wurde der Franquismus um fünf Jahre verkürzt. 1974 folgten 200000 Arbeiter einem Streikaufruf der ETA, 1978 beendeten zwei Attentate die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Lemonz.

Die ETA hatte zu dieser Zeit schon den ersten Generationswechsel und mehrere wichtige Spaltungen hinter sich. Die Logik des Untergrundterrors, verbramt mit einem leninistisch-nationalistisch vermischten Vokabular, in dem politische Inhalte zunehmend abhandeln kamen, nicht dagegen rassistische Untertöne, löste in der Folge den politischen Idealismus der Gründergeneration ab. Die Abspaltungen der sogenannten proletarischen Flügel waren alle kurzlebig, während der nationalistisch begründete Terror, der die schwersten Krisen immer wieder überlebte. 815 Tote gehen auf das Konto der ETA, die meisten davon in den 80er Jahren, als walllose Autobomben gezielte Attentate gegen Militärs und Politiker ersetzten. 150 Mitglieder verlor die ETA selbst.

Kulturarbeit, politische Bildung und Propaganda wurden mit der Demokratisierung Aufgabe der ETA-nahen Wahlkoalition Herri Batasuna (HB) mit getrennt von der „militarischen Front“. HB erreicht bis heute beachtliche Wahlerfolge bei baskischen Regional- und Kommunalwahlen (ca. 20% der Stimmen), leidet jedoch unter dem Druck der ETA, die eine institutionelle politische Arbeit mit Recht als Konkurrenz betrachtet und möglicherweise verhindern will.

Seitdem die Polizei in spanischen und französischen Baskenland erfolgreich zusammenarbeitet - diese Zusammenarbeit begann erst in der zweiten sozialistischen Legislaturperiode 1986 - und dadurch das französische Baskenland kein Rückzugsort mehr ist, schwindet die Aktionsbasis für effizienten Terror deutlich, und es bleiben nur noch wahre Autobomben und einzelne Morde gegen Politiker, wie zuletzt gegen den konservativen Stadtverordneten Ordoñez im Januar 1995. Diese Aktionen können von der legal operierenden und kandidierenden HB immer weniger gerechtfertigt werden, und deren politische Abstinnung und Nicht-Nutzung der vielen Abgeordnetenmandate erscheint zunehmend anachronistisch. Die derzeit stattfindenden Spaltungen, Ausschlüsse, Kritiken etc. sind eine logische Folge der Schizophrenie einer Untergrundorganisation, die sich nie auf parlamentarisch-liberale Verhältnisse einstellen konnte. Für linke Hoffnungen

bedeutet dies eine doppelte Enttäuschung: Erstens bringt sich eine einst erfolgsversprechende radikale Anti-Systemorganisation ins politische Absicht, und zweitens - und viel wichtiger - wird eine politische Chance verpasst, die über Jahrzehnte erarbeitete politische Unterstützung eines erheblichen Teils der Bevölkerung in politische Perspektiven umzusetzen. HB muß sich von der ETA lösen, um politisch aktiv werden zu können. Doch genau dies bringt eine Terrororganisation zum blinden Überlebenskampf. Der Terror richtet sich dann gegen die "Verräter" aus dem eigenen Lager, wie z.B. gegen die ehemalige ETA-Kämpferin "Yoyes" 1986, die für ihre Abkehr von dem bewaffneten Kampf auf offener Straße ermordet wurde. In dieser Logik drohen sowohl die ETA wie die ihr nahestehenden legalen Organisationen Stück für Stück zu zerfallen.

wobei noch eine Menge Blut fließen wird. Die Autorität der lebenden ETA-Gründer, die ausnahmslos zu ETA-Kritikern geworden sind, berührt die jungen, im Untergrund aufgewachsenen Terroristen nicht mehr. Dem Aldin, der 1974 auf der Straße rief „Hoch mit Franco, wie Carrero Blanco!“, bleibt heute im Baskenland immethin noch ein ästhetisches Nostalgieerlebnis angesichts der bunt bemalten Wände und einer Vielzahl von HB-Einrichtungen mit entsprechender Anti-Systemsymbolik. Politisch muß er sich dagegen auf beiden Augen blenden, um darin sozialistische Hoffnungen zu sehen. Spätestens das Hissen der kroatischen Flagge an vielen HB-Gebäuden unmittelbar nach der Konstitution der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung dort, hätte auch den naivsten ETA-Sympathisanten aufwecken müssen. Wer träumt schon gerne von Tadjman und ethnischen Säuberungen?

Von sozialistischer Euphorie zur sozialdemokratischen Wahlkampfmaschine

Angesichts der real regierenden PSOE sollte man nicht zu schnell vergessen, daß der Sozialismus in Spanien nicht von vorneherein dazu geschaffen war, Traume zu zerstören, sondern durchaus auch einige wecken konnte. So hofften viele Ende der 70er Jahre auf einen mediterranen Sozialismus, der sich deutlich von Kommunismus und Sozialdemokratie unterscheiden sollte. Noch heute erinnern sich einige, daß damals in der PSOE das Wort "sozialdemokratisch" ein Schimpfwort für Opportunisten war, die es mit dem Sozialismus nicht ernst meinten. Heute waren viele froh, der PSOE würde sich wenigstens auf sozialdemokratische Prinzipien und Vorbilder besinnen, um so zwar nicht von der Korruption (discheint in der sozialdemokratischen Kultur, in der

- lesen mit Spaß

Wenn Sie wissen wollen,

was

CHUZPE bedeutet, hier die präzise Definition

Chuzpe [ehuz...; bebr.-jidd. / die; (salopp abwertend) Unverfrorenheit, unbekümmerte Dreistigkeit, Unverschämtheit

Wenn Sie nun auch noch wissen wollen, wie junge Juden in Deutschland wirklich sind, dann schicken wir Ihnen einfach unser neueste Ausgabe ZU. Kostenlos und unverbindlich. Sie schreiben einfach eine Postkarte an: Jüdische Jugend- und Studienzeitschrift CHUZPE, Westendstr. 43, 60325 Frankfurt. Stichwort: Probelesen. Bis dann.

ein Staat als Arterpaionageinstitut, Selbstbedienungsladen für Sozialleistungen an das eigene Klientel und für Freundschaftszahlungen angesehen wird, allzu tief verankert), aber doch von der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik Abschied zunehmen. Die Sozialisten hatten mit dem antifranquistischen Kampf nichts zu tun und waren zu einem bedeutungslosen Rentnerclub im Exil verkommen. Doch Anfang der 70er Jahre ereignete sich ein kleiner Putsch, als junge, POI-

solte um so größer sein und viele überzeugte Demokraten und linke Idealisten zum endgültigen Abschied von der Politik bewegen.

Von den verfolgten Träumen zur Realität

Wer heute in Spanien nach linken Bewegungen Ausschau hält, hat es nicht leicht. In Madrid kann man zwar auf der 1. Mai-Demonstration den

Eindruck bekommen, es gäbe etwa 30 verschiedene sozialistisch-kommunistisch-libertäre Parteien und Organisationen, läßt man seinen Blick über die Transparente schweifen. Trotzlisten, MLer und Maoisten scheinen immer noch einen Wettlauf zu veranstalten, wer am meisten Organisationen erfinden, sich am häufigsten spalten und vereinigen, und die revolutionärste Rhetorik entwickeln kann. Alleine die gesellschaftliche Realität fließt seit langem an allen vorbei. Der Niedergang einer politischen Stromung zeigt sich offensichtlich nicht in der Abnahme von Organisationen, Produkte von infiniten Spaltungsprozessen zur Verteidigung des Monopols auf die linke Wahrheit.

Die Marginalisierung linker Inhalte und Gruppen aus dem politischen Leben Spaniens kam 1986 zu einem vorläufigen Abschluss, nämlich als das NATO-Referendum verloren ging und die PSOE nach einem radikalen Wandel in der Politik die absolute Mehrheit halten konnte. 1983-86 hatte sich die PSOE von allem verabschiedet, was sie an die Macht gebracht hatte. Anstatt einer sozialen Modernisierungspolitik hatte sie radikale neoliberale Sanierungskur in Gang gebracht, die Arbeitslosigkeit und Armut sprunghaft in die Höhe trieb. Die von der Zentrumsregierung begonnene Politik der Sozialpakete mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wurde aufgegeben und durch einen Pakt mit dem Finanzkapital ersetzt, wodurch sowohl Gewerkschaften wie die einheimische Industrie gegen ihren Willen in eine Oppositionsrolle gedrängt wurden. Anstatt den Staats- und Sicherheitsapparat zu reformieren hatte die PSOE sich diesem bis zur Unkenntlichkeit angepasst, und den von Franco geerbten Polizisten mit verschärften Sicherheits- und Antiterrorismusetzen neue Waffen in die Hand gegeben. Anstatt die Demokratisierung der spanischen Gesellschaft voranzutreiben, brach die PSOE sie schlicht ab und reklamierte das unumschränkte Politikmonopol für die Regierung. Wer demokratisch

tisch völlig unbekamte Sozialisten die greise Exilführung abtöten, um sie mit Elan an den Wiederaufbau einer Parrestruktur im spanischen Inland zu machen. Als ab 1975 Geld und Hilfe der deutschen und schwedischen Sozialdemokratie flossen, entpuppte sich die Unbeflecktheit im Untergrundkampf sogar als relativer Vorteil. In breiten Teilen der Bevölkerung herrschte der Wunsch nach demokratischer Erneuerung ohne die Konflikte der Vergangenheit, ohne Gewalt und ohne alles, was an die zahlreichen Bürgerkriege in der spanischen Geschichte erinnert. Nicht-Beteiligung am Untergrundkampf erscheint aus dieser Sicht nicht als moralischer Nachteil, wie die Kommunisten als führende Untergrundpartei hoffen, sondern als Gewähr für eine flexible, unbelastete und zukunftsorientierte Politik ohne

Revanchismus. Ein zweiter Vorteil war die weit aus geringere Bedeutung interner ideologischer Auseinandersetzungen und Anzahl verschiedener politischer Strömungen, die im kommunistischen Lager zu einem unendlich wuchernden Spalt- und Streitpilz wurden. In der PSOE gab es praktisch nur eine große interne Auseinandersetzung 1979, als Felipe González die marxistischen Formulierungen aus dem Parteiprogramm streichen wollte, dafür zuerst keine Mehrheit bekam, daraufhin zurücktrat und den Parteivorsitz sechs Monate später wieder einnahm, nachdem er sein Ziel erreicht hatte. Personenkult, demokratischer Zentralismus, inhaltliche Entleerung und die Marginalisierung aller Kritiker verwandelten die PSOE in der Folge in eine Wahlkampfmaschine und einen Bildungsverein opportunistischer politischer Beamter. Im Unterschied zu den vorgenannten Träumen wurde der sozialistische in seiner ersten Phase Wirklichkeit. Die Partei der Twens und neuen urbanen Mittelschichten erlebte einen rasanten Aufstieg, erlangte die Hegemonie im linken Lager, wurde zum Zentrum neuer unabhängiger sozialer Bewegungen, band viele kritische Intellektuelle und Künstler an sich und blieb schließlich nach der politischen Krise und der Selbsterstörung der rechten Regierungspartei UCD und der Beinahe Selbsterstörung der KP als einzige große Zukunftshoffnung übrig. Der euphorische Wahlsieg 1982 bildet den letzten Moment politischer Begeisterung im Spanien des 20. Jahrhunderts. Die darauffolgende Ernüchterung

gewählt ist, braucht auf das Volk keine Rücksicht mehr zu nehmen und muß alle nicht parlamentarischen politischen Willensäußerungen unterdrücken. Die Ausgrenzung von Kritik betraf nicht zuletzt die innerparteiliche Struktur, wo ein zentralistisches Blockstimmrecht und die Unterordnung der Partei unter die Regierung Minderheiten einflußlos machte, und insbesondere den unbequemen Parteiflügel *Izquierda Socialista* (Sozialistische Linke) zum Schweigen brachte. Mit dem Wahlsieg 1986 konnte die PSOE diesen Weg konsequent weiterverfolgen.

Recht Hoffnungen machen, denn erstens ist die Mehrheit der Bevölkerung allen Meinungsfragen folgend (wahrscheinlich bis heute-) gegen die NATO (allerdings bei weitem nicht nur aus „linken“ Gründen, sondern auch aus Anriamerikanismus, Nationalismus u.a.), und zweitens riefen die rechten Oppositionsparteien eigentlich NATO-Befürworter - zum Boykott des Referendums auf, um den Sozialisten eine politische Niederlage zuzufügen.

Das Referendum, für den Verbleib in der NATO (ursprünglich wollten die Sozialisten eines für den Austritt organisieren), in die die schon in Auflösung befindliche Vorgängerregierung kurzfristig und überhastet gegen scharfe Kritik der Sozialisten und Kommunisten eingetretet war; hat in diesem Zusammenhang seinen zentralen Stellenwert nicht wegen sicherheits- und bündnispolitischer Fragen, sondern als Symbol der „Festigung des neuen demokratischen Politikmodells autoritären Zügen. Sicher hätte man gute Gründe für die Einbindung Spaniens in das westliche Bündnis finden und anführen können, nicht zuletzt die Neutralisierung der weiter amtierenden franquistischen Milirs. Doch diese Gründe interessierten in Spanien niemanden. Felipe González wusste, daß er argumentieren verloren hätte, da er bis 1983 einer der führenden Vertreter der Anti-NATO Bewegung gewesen war, und seinen Sinneswandel nie zum Gegenstand einer gesellschaftspolitischen Debatte gemacht hätte. So mußte er einen demagogisch-autoritären Weg zum Sieg im Referendum suchen und entwickelte dabei einen Führungsstil, der seit den Beinaamen „Felipismo“ trägt. Zuerst wurde das öffentliche Fernsehen zu einer Regierungpropaganda-Anstalt umfunktioniert, was in Spanien mit wenig Zeitungslesern und einem Quasi-Informationsmonopol des Fernsehen von zentraler Bedeutung ist. Der dafür entwickelte Diskurs bestand aus einer dramatischen Inszenierung eines Schicksalsfrage der Nation. Felipe González verknüpfte mittels einer Rücktrittsdrohung seine Person mit dem Referendum und malte eine Zukunft ohne ihn als Rückfall in eine düstere Vergangenheit aus. In einem Land, in dem Diktaturen ihre Stabilität standig über einen Diskurs des „Ich oder das Chaos“ herstellten, und das 1981 seinen letzten Putschversuch überstand, verfehlte dies nicht seine Wirkung. Felipe González konnte seine machterfahrene Partei und viele staatsgläubige Spanier wenn nicht überzeugen, so doch hinter sich bringen, nicht aber die Anti-NATO-Bewegung stoppen. Sie wurde vielmehr zum Hoffnungsträger aller Menschen, die sich der neuen Normalität, der den Kapitalismus nach dessen Vorgaben verwaltenden Demokratie, nicht ohne weiteres abfinden und ihre Trauer ohne Gegenleistung auf den Müllplatz der Geschichte abgeben wollten. Vielleicht spürten sie sogar, daß dies die vorerst letzte Chance sein sollte, demokratischen Einfluß auf das politische Geschehen jenseits des Stimmzettels zu nehmen. Auf jeden Fall kam es in den Monaten vor dem Referendum zu einer bunten Massenbewegung, die unterschiedlichste Gruppen, Meinungen und auch Ausdrucksformen hinter ein Ziel vereinigen konnte. Sie konnte sich mit

Entsprechend dieser eigenartigen Konstellation hatte der Ausgang des Referendums brutale politische Folgen. Erstens war der „Felipismo“ als autoritärer, medienzentrierter Führungsstil für lange Zeit festgeschrieben. Zweitens war die parlamentarische Opposition links wie rechts diskreditiert. Drittens war die innersozialistische Kritik stillgestellt. Viertens wurden aufserparlamentarische Politikformen und soziale Bewegungen im politischen Leben Spaniens. Fünftens war eine massive Entpolitisierungstendenz eingeleitet, die sich auch in niedriger Wahlbeteiligung in den folgenden Jahren zeigen sollte. Sechstens hatte die PSOE erfolgreich ihre Wahlerbasis ausgetauscht. Während sich ihre klassische Willerschaft, neben Arbeitern vor allem progressive urbane Mittelschichten, enttauscht von ihr abwandte, wählten sie nun die landlichen konservativen Bevölkerungsgruppen, nach dem Wahlsystem überproportional gewichtet, mit denselben Motiven, mit denen sie immer den Staatschef unterstützt hatten, auch als es noch keine regelmäßigen Wahlen sondern nur gelegentliche, diktatorisch gesteuerte Plebiszite gab.

Auf dieser Basis regieren die PSOE und Felipe González bis heute. Die spanische Linke hat sich noch kaum von dieser Niederlagenserfolge erholen können, zumal auch die internationalen Umstände alles andere als aufbauend waren. Selbst neue soziale Bewegungen jenseits traditioneller Parteilinien wie die Ökologie- und Frauenbewegung haben in Spanien ohne deren wichtige Erfolge schmälern zu wollen - ein schwer zugängliches Terrain. Im Vergleich zu westeuropäischen Staaten sind allein zwei Bewegungen sichtbar, die in den 90er Jahren relativ stark aufgetreten sind: die Totalverweigerer und die Soli-Gruppen. Das Militär gehört in Spanien zu den heruntergekommensten und verachteten Institutionen. Für junge Männer ist der 12-monatige Wehrdienst in diesem miserablen Haufen mit einem Mini-Taschengeld eine unangenehm-lästige Zwangsveranstaltung, die zu nichts Sinnvollem (nicht mal zum LKW-Führerschein oder irgendeiner technischen Qualifikation) taugt. Die demokratischen Regierungen haben zwar gewisse Modernisierungsinstitutionen und Reformen vorgenommen, den Militärapparat aber insgesamt kaum angetastet. So bleiben die Streitkräfte eine vom zivilen Leben getrennte, von den Bürgern verachtete Institution, der sich immer mehr Jugendliche verweigern. In dem Vakuum eines nicht richtig funktionierenden Verweigerungs- und Zivildienstgesetzes bildete sich Mitte der 80er Jahre eine Totalverweigererbewegung, die bis heute in vielen Städten aktiv ist und oft wesentlichen Anteil an den oben erwähnten Subkulturen hat. Anfang der 90er Jahre kam



es zu ersten Verhaftungen, was der Bewegung neuen Elan verlieh. Mit Blockaden, Sitzstreiks und vielfältigen Protestaktionen fördern sie die Freilassung ihrer einsitzenden Freunde.

Die Soli-Bewegung erfreut sich wie die Verweigerer einer recht breiten Sympathie in der Bevölkerung, auch wenn die unmittelbare Stärke begrenzt ist. Inhaltlich sind die Solidaritätsbekundungen auf wenige Unter beschränkt, neben dem unvermeidlichen Kuba sind es zur Zeit vor allem, die mittelamerikanischen Unruherde Nicaragua, El Salvador Guatemala, Chiapas. Die geographisch viel näher liegenden ehemaligen Jugoslawien, Afrika, Asien interessieren dagegen so gut wie gar nicht. Die Orientierung nach Lateinamerika hat nicht nur sprachlich-kulturelle Gründe, sondern rührt auch aus einem diffusen Schuldgefühl mit der kolonialen Vergangenheit und einem ebenso diffusen Antiamerikanismus. Immerhin beendete der 'verlorene Krieg gegen die USA 1898 die spanische Präsenz in Amerika und setzte das Land in eine jahrzehntelange Identitätskrise. In manchen Regionen, insbesondere dem nördlichen Galizien, Asturien und Baskenland, gibt es dazu noch direkte Verbindungen zu den Emigranten, die noch bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts ihr Glück vorwiegend in Mexiko, Kuba und Argentinien suchten; Im Sommer/Herbst 1994 erlebte die Soli-Bewegung mit ihrer Kampagne für die 0,7% (des Staatshaushaltes für Entwicklungshilfe) einen Höhepunkt. In fast allen Großstädten wurden auf zentralen Grünflächen Zeltlager zur Unterstützung dieser Forderung eingerichtet, der Grünstreifen der Madrider Prachtallee La Castellana war monatelang mit Hunderten von Zelten bevölkert, bis man Felipe González immerhin ein Versprechen in Höhe von 0,5 % abringen konnte. Ähnliches passierte mit vielen Bürgermeistern und Regionalregierungen. Die Aktionen haben eher Happening-Charakter, -Is daS sie politische Aufklärungsarbeit leisten. Insofern lässt sich auch keine theoretisch-politische Orientierung ausmachen. Auffallend ist jedoch, daS spanische Jugendliche für sogenannte Dritte-Welt-Fragen oft wesentlich sensibilisierter sind als für innen- oder europapolitische Themen.

Die politische Produktion von Korruption

Das politische Thema in Spanien der 90er Jahre heißt eindeutig Korruption. Wenn überhaupt, noch etwas in der Lage ist, Koordinaten zu verändern oder gar den Regierungschef zu stürzen, dann ist es die sich kontinuierlich akkumulierende WeUe von Skandalen, die in den vergangenen zwei Jahren fünf Minister (darunter zwei Innenminister), mehrere Chefs der Staatssicherheit, den Chef der Zentralbank und mit ihm eine ganze Riege führender Privatbankiers sowie eine nicht mehr zu überschauende Zahl von hohen Polizeibeamten und Regionalpolitikern ins Gefängnis und auf die Anklagebank gebracht hat. Sowohl der zurückgetretene wie der amtierende stellvertretende Ministerpräsident sind in der Verdachtslinie, nur Felipe hat angeblich nie von etwas gewußt. Der eifrige Enthüllungsjournalismus, der über dunkle Kanäle gut in den Staats- und Justizapparat infiltriert zu sein scheint, wird diesen Fra



gen weiter nachgehen, während parlamentarische Untersuchungskommissionen von den Sozialisten verhindert werden. Wovüber jedoch niemand spricht - bezeichnenderweise auch die linke Opposition nicht - ist die politische Produktion dieser nun schon sechs Jahre andauernden Skandalwelle.

Der Analytiker der französischen Skandalwelle Yves Mény nennt sechs

Gründe für die Korruption: enorme Machtkonzentration und Amerkanisierung, die Schwäche der Parteien und deren Finanzierungsmethoden, die Bürokratie, deren Komplexität, nur durch Beziehungen reduziert werden kann, die schwache Kontrolle der Exekutive, die Macht, und Politisierung der Politikberater und der Wandel vom "scheinheiligen Katholizismus zum zynischen Liberalismus", mit dem schnelle Geld als neuer Religion. Aue treffen auf Spanien zu, insbesondere der letztgenannte, wobei sich die zynischen Liberalen konjunkturell bedingt, noch moderne Sozialdemokraten nennen, doch kommt noch ein ganz entscheidender Faktor hinzu: der nicht vollzogene Bruch mit dem Franquismus.

Drei sich überschneidende Kreise politischer Produktion von Korruption lassen sich unterscheiden. Die paramilitarischen Polizeikörper und deren Aufsichtsbehörden im Innenministerium waren schon unter Franco Zentrum illegaler Waffen- und Drogengeschäfte in Zusammenarbeit mit internationalen Mafias. Eine besondere Anreicherung erfuhr diese Geschäfte durch die aus Steuergebern finanzierte Anheuerung von Käufern früher politisches Asyl genießende rechtsradikale italienische Terroristen, heute reine Marktkiller der Mar

seiler Unterwelt - zur Ermordung von ETA-Mitgliedern oder Sympathisanten, oftmals handelte es sich aber auch um Verwechslungen, und die Ermordeten sahen irgendwelchen ETA-Leuten ähnlich. Dies alles war verbunden mit Waffenschiebereien in Bürgerkriegsgebieten, Drogenhandel mit Besitzern von Diskothekenketten, Immobilienhandel zum Geldwaschen etc.. Trotz aller Bemühungen der Regierung, eine Aufklärung zu verhindern, sitzen dafür inzwischen zahlreiche hohe Polizeibeamte, der ehemalige Staatssekretär für Sicherheit und der ehemalige PSOE-Sekretär der baskischen Provinz Vize-ya im Gefängnis, weitere Abgeordnete und ehemalige Minister stehen auf der Liste der Untersuchungsrichter. Diese Produktionsmethode beruht auf der bruchlosen Übernahmes des diktatorischen Sicherheitsapparates und der mimetischen Anpassung an dessen Methoden seitens der demokratischen Regierungen. Der zweite Produktionsprozess von Korruption ist eine Innovation des PSOE. Er bildet einen Kernbestandteil der neoliberalen Wirtschaftspolitik und des Systems der Finanzierung einer Partei, deren zahlende Mitgliedschaft klein ist und überwiegend aus Beamten besteht. Mit den führenden Bankiers und dem Chef der Notenbank Mariano Rubio (alle inzwischen hinter Gittern ausser den verantwortlichen Wirtschaftsministern und Beamten) wurde eine Spekulationsfordepolitik betrieben, bei der man über vorheriges Wissen der Zinsnahmen und anderer privilegierter Informationen riesige Gewinne einfahren konnte. Die beteiligten Bankiers gründeten mit dem Geld der Staatsbank ein eigenes Bankensystem dafür und ließen die Spekulationsgewinne am Fiskus vorbei auf die Privatkonten dieser sozialistischen Finanzoligarchie

fließen. Nebenbei wurde darüber auch die Parteikasse aufgebessert. Das Spekulationsfieber hatte diese neureichen Yuppies und modernen Sozialdemokraten jedoch blind gegenüber den internationalen Finanzbewegungen gemacht; mit der Rezession, der Kapitalflucht und dem Ende des 1992er Extrabooms (Weltausstellung, Olympiade) fiel dieses Kartenhaus zusammen.

Der dritte Korruptionskreis ist weniger kriminell und hängt mehr mit dem sozialdemokratischen Staatsverständnis und deren kleinräumiger politischer Kultur zusammen. Weder franquistische Polizeimafiosi noch neosozialistische Finanzmakler sondern schlechte sozialdemokratische Parteibeamte spielen hier die Hauptrolle. Kleinigkeiten wie Amterpatronage, Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Freunde zu Freundschaftskonditionen bis hinunter zur Auszahlung von Sozialhilfe als Form des Stimmenkaufs auf Dörfern verknüpfen sich hier zu einer riesigen, ganz Spanien überziehenden Netz, das unter sozialistischer Herrschaft immer enger geworden ist. An diesem Netz knüpfen auch die Oppositionsparteien mit, die sozialistische Gewerkschaft, hat ihren "Neue Heimat Skandal" und ebenfalls ein paar Gefangniszellen besetzt, dabei sind die öffentlichen Unternehmen kräftig vertreten.

Das politisch bemerkenswerteste Phänomen bei diesen Geschichten ist, daß sie nicht als Ergebnis von Politik thematisiert werden, sondern als persönlich-moralisches Vergehen, für das sich die ganze Nation zunehmend schamen will, anstatt etwas zu ändern. Dies entspricht der Ideologie westlicher Politikwissenschaft, welche Korruption und Staatsterrorismus als Phänomene der Unterentwicklung abhandelt und in die Dritte Welt abschieben will. Auch hier versäumt die Linke und ihre Parlamentsvertreter bei allen Rücktritts- und Neuwahlforderungen die einmalige Chance, den autoritären Sicherheitsstaat, die herrschende Parteienkultur und die Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik anschaulich und folgenreich zu kritisieren und linke Debatten in die Gesellschaft zu bringen. Dabei kommt das Anschauungsmaterial taglich auf den Skandalisch.

ANMERKUNG

Neuere Veröffentlichungen von Holm Dedev Köhler sind: Spaniens Gewerkschaftsbewegung, Demokratischer Übergang - Regionalismus - Ökonomische Modernisierung, Westfälisches Dampfboot, Münster 1993 (Span. Fassung, El Movimiento Sindical - n España, Ed. Fundamentos, Madrid 1995) und Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika (Hrsg. zusammen mit Manfred Wannöffel) Westfälisches Dampfboot, Münster 1993 (Span. Fassung, Modelo Neoliberal y Sindicatos en America Latina, FES-México 1993)

HOLM-DETLEV KÖHLER 1ST
WIRTSCHAFTS- UND POLITIKWISSEN
SCHAFTLEIS WISSENSCHAFTLICHER
MITARBEITER DES INSTITUTS ZUR
ERFORSCHUNG DER EUROPÄISCHEN
ARBEITERBEWEGUNG DER
RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM UND ZUR
ZEIT GASTPROFESSOR AN DER
UNIVERSITÄT VON OVIEDO IN SPANIE..

PERSPEKTIVEN im Abonnement!

Bitte füllen Sie diesen Abschnitt gut lesbar aus und schicken Sie ihn an die PERSPEKTIVEN, Falkstr. 106 HH, D-60487 Frankfurt/Main

Name: Ich möchte die PERSPEKTIVEN für ein Jahr (vier Ausgaben) abonnieren

Anschrift: und überweise den Betrag auf das PERSPEKTIVEN-Konto Nr. 902 535 BLZ 501 900 00

..... und lege einen Verrechnungsscheck bei

Unterschrift:

DM 40,- (Förderabo) DM 25,- (StudentInnenabo)